



RACHEL WOOLF

FOTO-TABLEAU

USA, Mexiko – wo ist die Heimat? 5/5

Welchen Ort würde Lourdes Salazar Bautista Heimat nennen? San Nicolás in Mexiko, wo sie gemeinsam mit ihrer betagten Mutter gerade dabei ist, das Grab des Vaters frisch zu schmücken? Oder Ann Arbor im amerikanischen Teilstaat Michigan, wo sie zwanzig Jahre gelebt und gearbeitet, mit ihrem Mann ein Haus gekauft und ihre Kinder aufgezogen hat? Welches Land ist das ihre: Amerika, das sie und ihren Mann als Papierlose wegwies, oder Mexiko, wo sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen seit ihrem Weggang im Jahr 1997 noch einmal verschlechtert haben? Über diese Frage stritten sich auch die Leser, die Rachel Woolfs in der «New York Times» erschienene Fotoreportage über das Schicksal von Lourdes' Familie kommentierten. Boshafte Unterstellungen kreuzten sich mit energischer Parteinahme für die Ausgewiesenen: Während ein Leser den Pauschalverdacht abfeuerte, dass diese auf krummen Wegen zu Geld gelangt sein müssten, ein zweiter das Sexualleben des Vaters in Zweifel zog, verwiesen andere auf die solide Existenz, die sich die Eltern aufgebaut hatten – und jemand gab sogar der Hoffnung Ausdruck, dass eines der Kinder den Weg in die Politik finden und einen echten Wandel im Umgang mit Immigranten herbeiführen werde.

Institutionelles Abkommen Schweiz - EU

Bei einem Nein zum Rahmenabkommen werden wir die Ärmel hochkrempeln müssen

Gastkommentar

von DIETER FREIBURGHAN

Es kann doch nicht sein, dass das für die schweizerische Wirtschaft so wichtige Rahmenabkommen mit der EU an der Länge der Voranmeldefrist für entsandte Arbeitnehmer und an einer Verbesserung der Sozialhilfe für Menschen aus EU-Staaten scheitert! Nein, scheitern wird es aus ganz anderen Gründen. Um das zu erklären, müssen wir etwas ausholen.

Angst vor «melting pot»

Im Mai 2000 nahm das Schweizervolk mit 67 Prozent der Stimmen das Abkommen über die Personenfreizügigkeit an. Das war erstaunlich und erfreulich. Die hohe Zustimmung beruhte unter anderem darauf, dass uns glaubwürdig versichert worden war, die Zuwanderung werde sich in engen Grenzen halten – wie die Theorie und Untersuchungen aus anderen Ländern zeigten.

Es kamen dann aber viel mehr Europäer als vermutet, zuzeiten bis über 100 000 pro Jahr. Das lag unter anderem daran, dass die Schweiz ein kleines, wohlhabendes Land in der Mitte Europas ist und dass vier Nachbarländer sprachlich in die Schweiz hineinragen. Übliche mit Distanz und Sprache zusammenhängende Mobilitätshemmnisse waren hier nicht wirksam. Viele hatten nun das Gefühl, die Schweiz werde überschwemmt. Es begann sich Widerstand zu formieren, der nun – Jahre später – in der Ablehnung des Rahmenabkommens gipfelt. Haben die Eidgenossen Angst, ihr Land werde sich in einem europäischen «melting pot» auflösen?

Wie ist das in anderen europäischen Ländern? Ist etwa Italien nicht mehr Italien, nur weil die Deutschen Latte macchiato trinken? Ist Helsinki kaum mehr von Lissabon zu unterscheiden? Haben die Schwaben aufgehört, zu arbeiten und Häusle zu bauen? Nein. Richtig ist zwar, dass sich Flughäfen, Fussballstadien und die Angebote der Supermärkte angleichen. Aber das erfasst offensichtlich nur die Oberfläche, die schwer zu definierenden Eigenarten der Völker werden dadurch kaum tangiert. Nirgends in Europa, ausser etwa im Vereinigten Königreich, geht die Angst um, wegen der EU die Identität zu verlieren. Die Skepsis gegenüber Brüssel hat andere Gründe.

Vereinheitlichung

Um den EU-Binnenmarkt zum Laufen zu bringen, war und ist es nötig, Tausende von Regeln und Normen einander anzugleichen. Freizügigkeit etwa wird nur funktionieren, wenn Berufsdiplome

gegenseitig anerkannt und die Sozialversicherungen koordiniert werden.

Bei solcher Vereinheitlichung ist Brüssel oft zu weit gegangen. Und trotzdem nähern sich die Völker einander weniger an, als es den von einem europäischen Bundesstaat Träumenden lieb wäre. Das liegt vor allem daran, dass die EU in Politikbereiche, die für die Menschen – ihre Existenzsicherung und ihre Identität – zentral sind, nur wenig eingreift.

Gibt es etwa eine europäische Armee und eine europäische Polizei? Gibt es eine europäische Sozialversicherung, ein europäisches Schul- und Gesundheitswesen, eine europäische Raumplanung? Nein. Es gibt auch keinen nennenswerten europäischen Haushalt und keine europäischen Steuern. Franzose wird man nicht dadurch, dass man Unionsbürger ist. Zum katalanischen Separatismus schweigt die EU. Die Demokratie funktioniert in jedem Land anders. Die Innenhöfe staatlicher Souveränität sind für Brüssel nach wie vor tabu.

Sind also die Befürchtungen der Schweizerinnen und Schweizer unbegründet oder übertrieben? Oder ist dieses Land diesbezüglich ein Sonderfall, begründet in seiner Lage, seiner Konstitution und seiner Geschichte?

Als alle anderen Länder in Europa sich zu relativ homogenen Nationalstaaten umwandelten – also vom 17. bis zum 19. Jahrhundert –, blieb die Schweiz, als Überrest des alten Reiches, ein Vielvölkergebilde, keine Nation, sondern «das Land der Eidgenossen». Deswegen hiess bei uns bis unlängst die Nationalbibliothek Landesbibliothek.

Um mit anderen Staaten auf Augenhöhe zu verhandeln, wurde es 1848 nötig, einen Staat zu gründen. Er wurde schwach ausgestattet: Die Regierung regiert kaum, sondern sie schmiedet Kompromisse. Der Einfluss der Kantone bleibt stark. Jederzeit kann das Volk der Staatsmaschinerie Knüppel in die Speichen werfen. Und dies zum Zwecke der Verhinderung von Zentralismus und Vereinheitlichung und um das zu bewahren, was uns verbindet: das Recht, nach eigener Fassung selig zu werden.

Das wird hart

Und da ist nun des Pudels Kern: Dieses staatliche Gebilde in allen Stürmen der letzten zweihundert Jahre zusammenzuhalten, gelang nur, weil die Eidgenossen eine gemeinsame Identität der Abgrenzung entwickelten: nicht Franzose, nicht Italiener, nicht Deutscher. Abgrenzung vom Reichsadel, Republik statt Monarchie, Frieden statt Krieg, Beschränkung statt Ausdehnung, Verschiedenartigkeit statt Einheitlichkeit, Kompromiss statt Mehrheitsdiktat.

Dieses staatliche Gebilde in allen Stürmen der letzten zweihundert Jahre zusammenzuhalten, gelang nur, weil die Eidgenossen eine gemeinsame Identität der Abgrenzung entwickelten.

Als wir das im Ersten Weltkrieg beinahe vergassen, drohte das Land auseinanderzufallen, als wir es beherzten, überlebten wir den Zweiten Weltkrieg. In mancherlei Hinsicht negiert nun Europa – jedenfalls so, wie wir es wahrnehmen – diese «raisons d'être» der Schweiz: gross, grenzenlos, vereinheitlichend.

Da führt dann der befürchtete Abbau des Lohnschutzes zum Gefühl der Wehrlosigkeit, da unterhöhlt vermeintlich die EU-Bürgerschaftsrichtlinie das Bollwerk des Schweizer Bürgerrechts, da stehen fremde Richter über der direkten Demokratie. Und damit wird das Rahmenabkommen zum Kristalli-

Die Demokratie funktioniert in jedem Land anders. Die Innenhöfe staatlicher Souveränität sind für Brüssel nach wie vor tabu.

sationskern aller Befürchtungen um unsere Identität und den Zusammenhalt unseres Volkes. Dieses Unbehagen ist von der SVP schon seit dem EWR bewirtschaftet worden. In den letzten Monaten hat es sich wie ein Lauffeuer über das ganze politische Spektrum verbreitet.

Also kein Rahmenabkommen. Sollen wir trotzdem weiter in den Sumpf des sich degradierenden Bilateralismus hineinwaten? Oder sollen wir nun tatsächlich den Resetknopf drücken? Das aber kann nur heissen, die binnenmarktrelevanten Verträge und Schengen/Dublin aufzugeben und mit einem erweiterten Freihandelsabkommen neu zu beginnen. Das wird hart, wir werden die Ärmel hochkrempeln müssen.

Dieter Freiburghaus ist emeritierter Professor für europäische Studien am Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) der Universität Lausanne.